

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/02/2006
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Dienstag, 14.03.2006
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen
2. Anliegen der Jugendräte
3. Lokales Bündnis für Familien
4. Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen.
Hier: Wegfall freiwilliger Leistungen beim Schulpsychologischen Dienst (55/M 07) - Dritte Lesung -
Vorlage: 1085/2005
5. Aufbau von Familienzentren in Hagen
Vorlage: 0187/2006
6. Offene Ganztagschule - Berichte der Starter I-Schulen
7. Ausbauplanung 'Offene Ganztagschule' in Hagen und daraus resultierende Veränderungen in der Fortschreibung der Kindergarten-Bedarfsplanung
Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit
Anpassung an die demographische Entwicklung (55-M12), Flächenreduzierung (40-M01), Schulsekretariate (40-M05)
- Zweite Lesung -

Vorlage: 0076/2006
8. Zwischenbericht über die Erreichung der vereinbarten Leistungs- und Finanz-



ziele im Rahmen des Kontraktes für die Kinder- und Jugendarbeit

Vorlage: 0201/2006

9. Missstände im Bereich des ev. Kirchplatzes
hier: Beschäftigung von Streetworkern - mündl. Bericht -
10. Jugendaustausch - und Partnerschaftsmaßnahmen des Fachbereiches Jugend & Soziales 2005 und 2006
Vorlage: 0124/2006
11. Anfragen gem. § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Mitteilungen

Herr Dr. Schmidt berichtet, dass der erste Einstieg in die Finanzierung Kindergarten-Bedarfsplanung 0 – 3 nicht stattfinden kann. Er kündigt für Dienstag den 21.3.2006 die Versendung einer Vorlage an. Diese kann in einer Sondersitzung in erster Lesung vorgestellt werden, damit Beratungen in den Fraktionen und Ausschüssen stattfinden können. Die Zeit müsste ausreichen, um in der normalen Sitzungsfolge am 10.5.2006 im Rat die Vorlage verabschieden zu können.

Herr Strüwer lädt zu diesem Punkt Betreuung von Kindern unter 3 Jahren/Kindergarten-Bedarfsplanung zu einer Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses am Mittwoch den 29.3.2006 um 15.00 Uhr, Sitzungsraum A 201 im Rathaus an der Volme ein.

Herr Steuber weist auf ein Forschungsprojekt der Universität Dortmund hin, an dem das Jugendamt Hagen mitarbeitet. In einer Langzeitstudie zur psychischen Gesundheit von Kindern und Eltern wird die Entwicklungssituation von Pflegekindern aufgezeichnet. Insgesamt 300 Kinder sollen bis 2008 – anonym - begleitet werden. Ziel dieser europaweit ersten Langzeitstudie sind Erkenntnisse dazu, wie Pflegefamilien biologische, gesellschaftliche und familiäre Risiken auffangen können.

Zu gegebener Zeit wird der Jugendhilfeausschuss über die Ergebnisse der Studie informiert werden.

Weiter berichtet Herr Steuber über die Änderungen im Bereich der JVA bei der Betreuung drogenabhängiger Gefangener ab 1.4.2006. Zu diesem Thema hat es bereits eine Sitzung des JVA-Beirates unter Mitwirkung von Herrn Schledorn gegeben. Das Land stellt 20.500,- EUR nicht mehr für die Förderung zur Verfügung und es ist vom Justizministerium vorgesehen, dass auf eine honorarstundensorientierte Förderung für die einzelne JVA umgestellt werden soll. Der Fördergeldausfall könnte in Hagen durch eine Honorarvereinbarung kompensiert werden. Dieser Antrag ist bereits gestellt worden. Nach Mitteilung des JVA-Leiters wird Hagen nicht in die Förderung des Landes kommen. Es hat einen Appell des JVA-Beirates an das zuständige Ministerium gegeben. Wie die Arbeit fortgeführt werden kann, wird in der Aprilsitzung des Jugendhilfeausschusses vorgestellt werden.

Frau Burghardt erinnert an die zwei zur Zeit stattfindenden Volksinitiativen zum Thema 21 Mio. Kürzung für den Jugendbereich und 200 Mio. Kürzung für Kitas, Beratungsstellen und Frauenhäuser. Die Listen werden mit der Bitte um Unterschriften verteilt.



Weiter gibt Frau Burghardt die Broschüre der Hagener Gesundheitstage in der Stadthalle Hagen am 18 und 19.3.2006 zur Information weiter.

2. Anliegen der Jugendräte

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Traut berichtet über ein Treffen der Planungsgruppe des gesamtstädtischen Jugendrates, in dem Beschlüsse zur Satzung gefasst worden sind. Die wichtigsten Beschlüsse werden vorgestellt. Eine Vorlage wird in Kürze dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt werden, aus der alle gefassten Beschlüsse ersichtlich sein werden.

Herr Strüwer erkennt die generalstabmäßige Planung des Jugendrates an und wünscht viel Erfolg bei der Umsetzung.

3. Lokales Bündnis für Familien

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer betrachtet es als Glücksfall, dass am 28.9.2005 das lokale Bündnis für Familie in Hagen gegründet worden ist und drei Kuratoriumsmitglieder, nämlich Frau Burghardt, Herr Dr. Schmidt und Herr Haensel, Mitglieder des Jugendhilfeausschusses sind.

Frau Walter als Mitinitiatorin des „Lokalen Bündnis für Familie in Hagen“ und Mitglied der Planungsgruppe erläutert den Zwischenstandsbericht. Es haben sich Arbeitsgruppen zu vier Schwerpunktthemen gebildet. Die Gruppen haben bisher 1-2 mal getagt.



Die **AG Familienfreundliches Wohnen** besteht aus 14 Teilnehmern und steht unter der Leitung von Herrn Bernd Ross der Stadt Hagen und Frau Marion Schwill-Höbig ebenfalls von der Stadt Hagen.

Der Schwerpunkt liegt bei jungen Familien sowie beim Zusammenleben der Generationen.

Mittel bis langfristige Ziele sind die Beteiligung von Familien bezogen auf bauliche und soziale Aspekte und die Entwicklung von Qualitätsstandards für familiengerechtes Wohnen und Wohnumfeld stadtteilbezogen differenziert.

Dazu wird ein Katalog von Anforderungskriterien erstellt – Modellstadtteil – Lernen am Modell.

Dazu soll das Landesprojekt Stadtumbau West als Untersuchungsraum dienen, somit können Vorschläge und Ideen aus der AG direkt in das Projekt einfließen – Mehrgenerationenhaus.

Kurzfristige Projekte sind die Umfrage unter Migranten zu Wohnbedürfnissen und die Verbesserung des Spielangebots „Loxbaum“.

Die **AG Freizeit und Kultur** hat zur Zeit fünf Teilnehmer und steht unter der Leitung von Frau Sabrina Budde.

Ziele dieser AG sind

- Angebote aus unserer Stadt bündeln und transparent zu machen und
- eine Art Bonusprogramm erstellen für Familien in puncto Freizeit und Kulturangebote.

Die **AG Gesundheit und Pflege** mit einer Teilnehmerzahl von 17 steht unter der Leitung von Herrn Hermann Josef Lemke.

Die gesetzten Ziele sind

- Angebote zur Pflege von Angehörigen allen Mitbürgern zugänglich und bekannt zu machen
- Transparenz der Angebote und Bündelung der Angebote der Stadt mit denen der Wohlfahrtsverbände
- Mittelfristig Angebote der Prävention.

Die **AG Vereinbarkeit von Familie und Beruf** unterteilt in "bedarfsgerechte Kinderbetreuung" mit ca. 30 Teilnehmer unter Leitung von Frau Christine Walter (Unternehmerin)

Ziele:

- Bündelung der schon vorhandenen Angebote für Familien in unserer Stadt (für einen Servicepool für Familien im Internet und später auch als Printversion)
- In den Bereichen Betreuung, Freizeitangeboten, Beratung und Weiterbildung, Angebote für Schüler, Förderungsangebote, Frühförderung, Angebote für Familien mit behinderten Angehörigen, Angebote für Migranten usw.
- Ermittlung des Bedarfs an Betreuung aus den Stadtteilen (Zahlen der Jugendhilfe)
- Betreuungsformen und Modelle außerhalb der Tagesbetreuung in Einrichtungen überdenken -bedarfsgerecht
- Dazu Zusammenarbeit mit der AG 3
- Mitarbeit an der Konzeption für die Familienzentren und spätere Zusammenarbeit
- Gewinnung weiterer Vertreter von z.B. Schulen und Migrantenvertretern



- Familienstammtische in den Stadtteilen organisieren, um tatsächlichen Bedarf der Basis zu ermitteln

Der Bereich "familiengerechte Personalpolitik" (Teilnehmer ca. 25) steht unter Leitung von Herrn Heiko Müller (Personalchef Douglas Holding AG)

Ziele:

- Erstellung eines Instrumentes zur Bedarfsermittlung in Unternehmen - Verteilung mit Hilfe der SIHK Adressen
- Best-Practise Beispiele aus der Region sammeln
- Appell- und Ideenpapier an Unternehmen mit konkreten und intelligenten Lösungsansätzen
- Aufzeigen von Vorteilen "familienbewusster Personalpolitik"
- Mehr Unternehmen gewinnen
- Veranstaltung für Unternehmen in Zusammenarbeit mit der SIHK (im Spätsommer)

Die **AG Öffentlichkeitsarbeit** steht unter Leitung von Frau Frau Schwanke

Ziele:

- Arbeit der AG s in die Öffentlichkeit tragen, Appell mitzuarbeiten, Erstellen eines Flyers, Organisation einer Veranstaltung für Familien im Rahmen des Bündnisses
- Die AG Öffentlichkeitsarbeit besteht aus den Arbeitsgruppenleitern, der Koordinatorin und den Verantwortlichen für die Internetpräsenz und dem Presseamt Stadt Hagen

Sie hat sich gestern zu einer Steuerungsgruppe zusammengefunden und bildet zurzeit den Bündnisknoten, wo alle Ergebnisse regelmäßig zusammengetragen und Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit besprochen und geplant werden.

Herr Strüwer bedankt sich bei Frau Walter auch dafür, dass sie die Initiative für ein solches Projekt ergriffen hat und es weiter mit ihren Ideen und ihrer Kraft begleitet und wünscht viel Erfolg für die weitere Arbeit.

Herr Dr. Schmidt äußert seine Sorge, dass die Arbeitsgemeinschaften an die Verwaltung Wünsche formulieren könnten, die aus finanziellen Gründen nicht umzusetzen sind. Die Verwaltung ist zur Zeit bemüht, die so genannte Kopfstelle im Kinder- und Jugendbüro arbeitsfähig zu machen, aber es gibt noch keine endgültige Lösung. Um dem Bündnis ein Startkapital zur Verfügung zu stellen, gibt es von der Kämmerei die Zusage über 30.000,- EUR.

Herr Strüwer stellt fest, dass im Bereich von Ressourcen gesamtstädtisch überlegt werden muss, wie eine finanzielle Unterstützung erfolgen kann.



4. **Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen.**
Hier: Wegfall freiwilliger Leistungen beim Schulpsychologischen Dienst (55/M 07) - Dritte Lesung -
Vorlage: 1085/2005

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steuber bittet um Akzeptanz dafür, dass es in Zukunft in diesem Bereich auf Grund der Stellenreduzierung und des Anstiegs der Zugänge zu Wartezeiten kommen wird und das diese Folgen von Seiten der Verwaltung und Politik gemeinsam getragen werden.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Hagen beschließt:

1. Auf Grundlage einer neuen Konzeption wird der Schulpsychologische Dienst überführt in eine Fachstelle für schulbezogene Diagnostik, die der Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche angegliedert wird.
2. Die Stelle eines Schulpsychologen (A14, 50%) entfällt ab Februar 2006. Damit wird ein Konsolidierungsbeitrag von 22.300 € erzielt.
3. Die Stelle der Verwaltungskraft (IX/VI b, 50%) wird nach einem Jahr der Umsetzung der neuen Konzeption überprüft.
4. Für das durch das im Vergleich zum ursprünglichen Konsolidierungsziel dieser Maßnahme entstehende Konsolidierungsdelta in Höhe von 78.700 € werden entsprechende Ersatzmaßnahmen von VB3 bzw. 55 benannt.
5. Umsetzungstermin ist Februar 2006

Abstimmungsergebnis:

- Einstimmig beschlossen
 Mit Mehrheit beschlossen
 Einstimmig abgelehnt



- Mit Mehrheit abgelehnt
 - Abgelehnt bei Stimmgleichheit
 - Ohne Beschlussfassung
 - Zur Kenntnis genommen
 -
-

Dafür: _____
Dagegen: _____
Enthaltungen: _____

5. **Aufbau von Familienzentren in Hagen** **Vorlage: 0187/2006**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steuber berichtet, dass es mehrere Träger gibt, die von dem ausgeschriebenen Landesprojekt Gebrauch machen werden, da die Einigung auf ein Projekt für Hagen nicht erzielt werden konnte. Das Institut für Arbeit und Technik in Gelsenkirchen, das dieses Projekt begleitet, hat der Verwaltung mitgeteilt, dass in NRW zur Zeit 54 Anmeldungen vorliegen. Nach dem 31.3.2006 wird ein Projekt vorliegen, das einem der Modelle zugeordnet werden muss. Parallel dazu möchte die Verwaltung auf Grundlage einer analytisch angelegten Jugendhilfeplanung für die Zukunft die Daten erheben, um sie begründet im Sinne eines weiteren Entwicklungsverfahrens für weitere Familienzentren verwenden zu können.

Herr Haensel sieht in diesem Bereich wenig Transparenz. Es hat sich eine andere Kultur entwickelt, weil freie Träger zu Wettbewerbern gemacht wurden. Wenn man dann einen Konzeptwettbewerb gewinnen will, kann man an der Stelle keine Transparenz nach innen leben, da an anderer Stelle Träger in solchen Konzeptwettbewerben abgeschrieben haben. Herr Haensel wünscht sich Wege, ein anderes Miteinander zu etablieren.

Herr Gebauer möchte das unterstreichen und möchte wissen, warum in der Beschlussvorlage der Fachbereich eine Empfehlung abgeben möchte.

Herr Steuber erläutert, dass sich der Fachbereich in der Pilotphase eine Stellungnahme zu den Bewerbern vorbehält, da der Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Gesamtverantwortung für den Planungs- und Umsetzungsprozess trägt und es hier auch zum Teil um kommunale Gelder geht. Der Fachbereich will nicht einen eigenen Vorschlag einreichen, sondern seine Position auf Grund der analytisch erhobenen Daten darstellen.

An der nachfolgenden Diskussion beteiligen sich Herr Fischer, Frau Nowicki, Herr Dr. Schmidt, Frau Burghardt, Herr Schledorn, Herr Gebauer und Herr Strüwer.



Herr Strüwer stellt die Punkte 1 und 2 der Beschlussvorlage getrennt von dem neu eingefügten Punkt 3 zur Abstimmung. In beiden Fällen wird das gleiche Abstimmungsergebnis erzielt.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der AG 3 nach § 78 KJHG und dem Bündnis für Familie eine flächendeckende Bedarfs- und Standortanalyse durchzuführen.
2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung gem. § 79 KJHG auf Grundlage der Ergebnisse der Bedarfs- und Standortanalyse bis zum Jahresende ein Gesamtkonzept für die Stadt Hagen zu erarbeiten.
3. Der Fachbereich wird sich jedoch vorbehalten, in Abstimmung mit der AG 3 und dem Jugendhilfeausschuss, eine Stellungnahme zu den Bewerbungen an die Landesregierung einzureichen, da dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe gem. § 79 KJHG die Gesamtverantwortung für den Planungs- und Umsetzungsprozess obliegt.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |
-

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

6. Offene Ganztagschule - Berichte der Starter I-Schulen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer spricht das Thema Mittagsmahlzeiten an und weist darauf hin, dass es in der Zwischenzeit vorbildliche und beachtenswerte Aktivitäten gegeben hat, diesen damaligen Missstand durch ehrenamtliches Engagement und



Sponsoring entgegen zu wirken. Es stellt sich die Frage, wie aus der Sicht der Beteiligten derzeit die Situation mit den Mittagmahlzeiten gesehen wird und ob es Überlegungen gibt, in Zukunft dieses Problem besser anzugehen.

Herr Haensel erläutert, dass das gemeinschaftliche Essen ein Thema bleibt. Nicht alle die ein Essen brauchen, können es auch bezahlen. Für die erhaltenen Spenden und Aktivitäten ist er sehr dankbar, so dass bis zum Sommer die Versorgung vorerst sichergestellt ist. Die zukünftige Entwicklung ist zu beobachten.

Herr Fischer hält das Thema für eine gesellschaftliche Aufgabe, so dass zukünftig im Schulterschluss mit allen Trägern versucht werden soll, Unterstützer zu finden, die eine Initiative anstoßen, damit nicht aus öffentlichen Mitteln finanziert werden muss.

Herr Goldbach ergänzt hier mit Zahlen aus der Erhebung der Schulverwaltung und hält eine Finanzierung aus öffentlichen Mitteln nicht für machbar.

Herr Strüwer bewertet die angekündigte Initiative als sehr positiv, damit dieses Problem besser als in der Vergangenheit im Sinne der betroffenen Kinder angegangen wird. Der Jugendhilfeausschuss wird diese Entwicklung begleiten. Herr Strüwer bedankt sich bei denjenigen, die an diesem Bericht mitgewirkt und ihn in der Praxis umgesetzt haben.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____



7. **Ausbauplanung 'Offene Ganztagschule' in Hagen und daraus resultierende Veränderungen in der Fortschreibung der Kindergarten-Bedarfsplanung Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit Anpassung an die demographische Entwicklung (55-M12), Flächenreduzierung (40-M01), Schulsekretariate (40-M05)
- Zweite Lesung -**

Vorlage: 0076/2006

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer stellt fest, dass es zum Thema offene Ganztagschule in dem letzten Jugendhilfeausschuss eine ausführliche Diskussion gegeben hat. Die Schnittstellen bei der offenen Ganztagschule und der Kindergarten-Bedarfsplanung und der U-3-Betreuung sind dort bereits angesprochen worden, so dass eine heutige Beschlussfassung möglich sein sollte. Die angesprochenen Bereiche werden separat zu beraten und zu entscheiden sein.

Herr Dr. Schmidt weist darauf hin, dass das Land mittlerweile eine andere Regelung getroffen hat, als noch im Teil 3, Seite 1 dargestellt. Dadurch wird das zusätzlich erwartete Defizit von 200.000,- EUR vermieden.

Herr Strüwer erläutert dazu, dass bezüglich des vierten Teils der Vorlage im politischen Raum entsprechende Konsequenzen aus der veränderten Finanzierungslage seitens des Landes gezogen worden sind.

Herr Fischer merkt in bezug auf die Lehrerstellenanteile, die pro Gruppe in die offenen Ganztagschulen mit einfließen, an, dass in den Schulen, an denen Lehrermangel herrscht, eine Problemlage entstehen kann, die genauer beobachtet werden muss.

Frau Opitz nimmt hierzu Stellung.

Herr Strüwer wünscht sich Neueinstellungen und keine interne Kompensation, damit die offene Ganztagschule aufgewertet wird.

Herr Strüwer stellt Teil A der Beschlussvorlage zur Diskussion und stellt fest, dass hier eine strategische Meisterleistung stattgefunden hat und dankt allen Beteiligten. Die Frage nach eventuellen Veränderungen durch Schulkonferenzen wird von Herrn Hermann so beantwortet, dass alle notwendigen positiven Schulkonferenzbeschlüsse vorliegen.

Herr Dr. Schmidt weist darauf hin, dass der begonnene Prozess kontraproduktiv für die Haushaltskonsolidierung ist.

Herr Strüwer schlägt auf Grund der vorangegangenen Diskussionen zum Teil B eine Ergänzung zu Punkt 2 des Beschlussvorschlags vor.



Herr Reinke weist auf die eingereichte Tischvorlage zum Thema Kindergarten-Bedarfsplanung für Halden hin.

Herr Strüwer stellt fest, dass die angesprochenen Themen noch ausführlich beraten werden müssen. Die angekündigte Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses bietet sich hier für eine erste Lesung an.

An der nachfolgenden Diskussion beteiligen sich Herr Reinke, Herr Dr. Schmidt, Herr Steuber, Herr Strüwer und Frau Nowicki.

Zum Teil D der Vorlage erläutert Herr Strüwer, dass erfreulicherweise das erwartete Defizit von 200.000,-EUR nicht kompensiert werden muss, so dass an dieser Stelle neu diskutiert werden kann.

Herr Dr. Schmidt weist daraufhin, dass trotz des Zuschusses von 200.000,-EUR weiterhin ein Defizit ausgeglichen werden muss, so dass die Verwaltung eine Veränderung der Elternbeiträge für notwendig hält.

Herr Reinke schlägt vor, die Elternbeiträge erst im nächsten Jahr zu verändern, da mit den Eltern aktuell bereits Verträge abgeschlossen sind.

Die weitere kontroverse Diskussion führen Herr Goldbach, Herr Hermann, Herr Dr. Schmidt, Herr Haensel und Herr Strüwer.

Im Anschluss lässt Herr Strüwer über die vier Punkte des veränderten Beschlussvorschlages einzeln abstimmen. Es kommt jeweils zum gleichen Abstimmungsergebnis.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Hagen nimmt die Ausbauplanung zur Einführung der offenen Ganztagschule und deren Auswirkungen auf die Konsolidierungsmaßnahmen 40-M01, 40-M04 und 40-M05 zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Hagen nimmt die daraus resultierenden Veränderungen in der Fortschreibung der Kindergarten – Bedarfsplanung und deren Auswirkungen auf die Konsolidierungsmaßnahme 55-M12 zur Kenntnis. Eventuelle Veränderungen, die die Kindertageseinrichtungen betreffen, werden im Rahmen der Beschlussfassung zum Kindergarten - Bedarfsplan und der U-3-Betreuung entschieden.
3. Der Rat der Stadt Hagen beauftragt die Verwaltung die abgestimmten Maßnahmen entsprechend dieser Vorlage umzusetzen.
4. Die Elternbeiträge für den Besuch der offenen Ganztagschule werden für das kommende Schuljahr 2006/2007 beibehalten, für das Schuljahr 2007/2008 soll seitens der Verwaltung eine neue Beitragstaffelung entwickelt werden, die dann in den zuständigen politischen Gremien beraten wird.

**Abstimmungsergebnis:**

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |
-

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

8. Zwischenbericht über die Erreichung der vereinbarten Leistungs- und Finanzziele im Rahmen des Kontraktes für die Kinder- und Jugendarbeit**Vorlage: 0201/2006****Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Steuber stellt fest, dass dieser Kontrakt sehr erfolgreich ist und würdigt die Arbeit von Herrn Goldbach und seiner Mitarbeiter, die diesen Erfolg in Zusammenarbeit mit den freien Trägern erst möglich gemacht haben.

Herr Strüwer schließt sich diesem Dank an und verbindet damit die Hoffnung, dass ein dort erwirtschafteter Budgetüberhang auch in diesem Bereich verbleibt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Zwischenbericht zum Kontrakt für die Kinder- und Jugendarbeit zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |
-



Dafür: _____
Dagegen: _____
Enthaltungen: _____

**9. Missstände im Bereich des ev. Kirchplatzes
hier: Beschäftigung von Streetworkern - mündl. Bericht -**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach berichtet über die Problemlage in Haspe, die in der Bezirksvertretung Haspe unter Beteiligung der Polizeipräsidentin diskutiert worden ist.

Herr Haensel weist darauf hin, dass nach seiner Kenntnis das Problem eher im Bereich Drogen und Sucht von älteren Menschen angesiedelt ist, als bei Jugendlichen und mittlerweile rückläufig ist. Der Hasper Verein Corbacher 20 will intensiv an der Problemlösung mitarbeiten.

Herr Strüwer hält Beschlüsse, die eine zusätzliche Streetworkerstelle erforderlich machen, hier nicht angemessen und setzt auf die Eigeninitiative der Beteiligten.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |
-

Dafür: _____
Dagegen: _____
Enthaltungen: _____

10. Jugendaustausch - und Partnerschaftsmaßnahmen des Fachbereiches Jugend & Soziales 2005 und 2006



Vorlage: 0124/2006

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach berichtet von den aktuellen Veränderungen bei den Jugendaustauschmaßnahmen.

Herr Fischer sichert seine Unterstützung zu und bietet an, bei Bedarf entsprechende Bundesjugendplanmittel zu beantragen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht über die Jugendaustausch – und Partnerschaftsmaßnahmen des Fachbereiches Jugend & Soziales 2005 und die Planung 2006 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |
-

Dafür: _____
Dagegen: _____
Enthaltungen: _____

11. Anfragen gem. § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 18.30 Uhr



C. ANWESENDE

Name

Bemerkungen

Vorsitzende/r

Sabine Krause
Schriftführer/in